



Impulse für sozialräumliche Kinder- und Jugendhilfe in Bayern

1. Die OBB im Programm „Soziale Stadt“ in Bayern

- OBB (und damit die Bewilligungsstellen bei den sieben Regierungspräsidien) ist seit 1971 zuständig für die städtebauliche Sanierung mit Hilfe der Städtebauförderung (StBauF). Die „Soziale Stadt“ ist seit 1999 Teil II des Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramms, damit liegt auch die Zuständigkeit bei der OBB.
- Nach dem Leitfaden der ARGEBAU zur „Sozialen Stadt“ ist die StBauF ein Leitprogramm, das als eine Art Magnet andere Förderbereiche einbündelt (Vgl. die Bestimmungen der §§ 139 und 149 Abs. 6 BauGB)
- Zur Erinnerung: Schon zu Beginn der StBauF Mitte der 70er Jahre gab es in einigen Städten ganzheitliche Ansätze einer stark sozial orientierten Stadterneuerung, z.B. mit
 - > Zielen der Sozialplanung bis hin zu besonderen Mietregelungen
 - > Infrastrukturplanung für besondere Sozialgruppen
 - > Umfassender Bürgerbeteiligung
 - > Örtlichen Sanierungsbüros
- Bayern war in der ARGEBAU bemüht, die anfänglich großstädtisch orientierte Zielrichtung zum ländlichen Raum hin zu erweitern. So wurde im Leitfaden der ursprüngliche Titel „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf“ um „Ortsteile“ ergänzt.

2. Was tut sich in Bayern?

- In Bayern (Stand 2001) gibt es 35 Maßnahmen in 28 (z.T. auch kleinen) Gemeinden (davon 20 Maßnahmen im ländlichen Raum)
- Wie in fast allen Ländern wurde das Programm auf das „Besondere Städtebaurecht“ festgelegt. Warum?
 - > StBauF ist ein eingespieltes gebietsbezogenes Programm (Sanierungsgebiet = städtebauliche Gesamtmaßnahme). Das Sanierungsgebiet ist die räumliche, vom Bund ohnehin geforderte, Fördereinheit.

- > Es galt auch, den gebietsbezogenen städtebaulichen Ansatz, z.B. der Wohnungsbauförderung, zu sichern.
- > Bei Gemeinden, Regierungsbezirken und bei der OBB sind erfahrene Strukturen der StBauF vorhanden.
- > Es können die besonderen Steuererleichterungen für Modernisierungsmaßnahmen in Sanierungsgebieten genutzt werden.
- Frühzeitiger Erfahrungsaustausch
 - > Regelmäßige Treffen Gemeinden – Regierungsbezirke – OBB
 - > Fachübergreifende Arbeitskreise der Regierungsbezirke mit den Gemeinden
 - > Reisen zu Programmgebieten anderer Länder z.B. NRW
- Arbeitshilfen der OBB
 - > Maßnahmenkatalog „Intakte Stadtquartiere“ – im Internet (abgeleitet aus „Intakte Stadtquartiere“ des GdW)
 - > „Sozialarbeit von Wohnungsunternehmen“
 - > „Soziale Stadt“ (allgemeine Einführung) – vergriffen, aber im Internet
 - > „Integrierbare Förderprogramme“ – erscheint voraussichtlich Anfang 2002
- Es gibt eine wissenschaftliche Begleitforschung durch ein interdisziplinär besetztes Team. Der Schwerpunkt liegt bei einer qualitativen Bewertung. Ein erster Bericht wird im 1. Quartal 2002 erwartet. Die Forschergruppe hat aus der bisherigen Untersuchung erste Handlungsempfehlungen erarbeitet, die wir in Kürze veröffentlichen.
- Probleme der Antragstellung für das Programm bei
 - > Städten, die Bedarf hätten, aber die Stigmatisierung scheuen
 - > Bedürftigen ländlichen Gemeinden, die aber keinen Zugang zum Programm finden (Unkenntnis, Scheu)

3. Vernetzung von „Sozialer Stadt“ mit Kinder- und Jugendhilfe in Bayern

3.1 Einstieg in das Programm

- In fast allen Projekten hat die Kinder- und Jugendhilfe neben der Integration von Migranten erste Priorität in der Projektarbeit. Sie ist oft der Anstoß für den Weg ins Programm (z.B. Vandalismus, Jugendgewalt). Problemreihenfolge:
 - > Kinder und Jugendliche von sozial schwachen Haushalten

- > Ausländer und Aussiedler, die deutsche aber eigentlich schwierige „Ausländer“ sind
- > Jugendarbeitslosigkeit
- > Arbeitslosigkeit von ausländischen und rußlanddeutschen Jugendlichen
- Erste Spontanaktionen (Signale) betreffen fast immer die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen: Bereitstellung von Räumen und Aktionsfreiflächen, Veranstaltungen, Beschäftigungsmöglichkeiten

3.2 Organisatorische Ansätze und Probleme der Vernetzung

- Interministerielle Arbeitsgruppe: Versuch auf der Ebene der Landesregierung auch die Mitwirkung der für Kinder- und Jugendhilfe zuständigen Ministerien zu erreichen (vor allem Förderung).
- Große Bemühungen auf Gemeinde- und Bezirksebene, über Lenkungsgruppen die gebietsbezogene Kinder- und Jugendarbeit in die Programmgebiete einzubeziehen.
- Beteiligung der sozial orientierten Fachleute und Institutionen bei der Erstellung des „Integrierten Handlungskonzeptes“ und der weiteren interdisziplinären Arbeit.
- Einbindung von örtlich tätigen Leuten in den Erneuerungsprozess, die besondere Beiträge zur Verbesserung der Lage von Kindern und Jugendlichen leisten können, z.B. Kindergärten, Schulen, Kirchen, Sozialarbeit, Polizei.
- Problem der kreisangehörigen Gemeinden, wo die Zuständigkeit für gebietsbezogene Kinder- und Jugendarbeit beim fern gelegenen Landratsamt angesiedelt ist (z.B. persönliche Präferenzen, fehlende Ortskenntnis, andere Problemwahrnehmung)

3.3 Finanzielle Möglichkeiten und Probleme des Programms „Soziale Stadt“

- Es gibt prinzipiell weniger Probleme mit Investitionen als mit nicht-investiven Leistungen. Dies folgt aus Art. 104a Abs. 4 Grundgesetz, wonach die StBauF nur für Investitionen der Gemeinden eingesetzt werden dürfen.
- Alltagsprobleme der StBauF, die zu bewältigen sind:
 - > (Hilfsweise) Förderung von Maßnahmen, für die das Programm eigentlich nicht zutrifft.
 - > Subsidiaritätsprinzip
 - > Mangelnde oder fehlende Mitwirkung originär zuständiger Fördergeber

- Problem der jeweiligen Richtlinien
- Kein Geld im Topf
- Lange Entscheidungswege
- Keine Lust der „Schatzmeister (weil nicht gewohnt, weil eifersüchtig etc.)

- > Förderung von laufenden Kosten: z.B. Anmietung statt Bau
- Kurzfristigkeit der Förderzeiträume (z.B. Verträge für Quartiersvertretung)
- Mitfinanzierungspflicht der Gemeinde bei der StBauF (in Bayern 40% der jeweiligen Kostenansätze)
- Einige versuchte Lösungsansätze für nicht-investive Leistungen:
 - > Ersatzweise, aber befristet
 - > Aus dem Quartiersfonds
 - > Enge Bindung an Investitionen
 - > Begründung aus dem „Integrierten Handlungskonzept“

3.4. Einige Beispiele aus bayrischen Programmgemeinden

- Jugendprojekt: Ein Polizist als Initiator gewinnt ehemaligen russischen Nationaltrainer für Arbeit mit Jugendlichen.
- Die Anschaffung einer teuren Ringermatte ermöglicht es einem ehemaligen russischen Ringer, Jugendliche von der Straße zu holen.
- In einer ehemaligen Turnhalle der abgezogenen Streitkräfte wird ein Jugendhaus eingerichtet. Probleme: Notwendige Öffnungszeiten werden eingeschränkt, weil Personal nicht ausreicht.
- Mit einer sogenannten Jugendkonferenz werden über den Oberbürgermeister die Schulen des Quartiers eingebunden.
- Schulen werden ertüchtigt, damit sie anderen zur Verfügung stehen (Räume, Freiflächen)
- Stadtteiltreff (mit Cafe) im Erdgeschoß eines Hauses: offene Begegnung mit Betreuung, Anlaufstelle für Jugendliche
- Jugendarbeit: Veranstaltungen, um die Begegnung von „einheimischen“ und „russischen“ Jugendlichen zu vertiefen, eingebettet in Gemeinwesenarbeit, an der Erwachsene des Quartiers beteiligt sind
- Die Quartiersvertretung veranstaltet in der Hauptschule in jeder Klasse eine eigene Zukunftswerkstatt zum Quartier
- In einem neuen Werkstattgebäude werden arbeitslose Jugendliche an Berufe herangeführt
- In einer alten Fabrik wird eine Beschäftigungsgesellschaft für arbeitslose Jugendliche eingerichtet

- In dem interkulturellen Jugendzentrum MIR kommen äußerst schwierige Jugendliche unter qualifizierter Betreuung zusammen
- Kinder von Aussiedlern und ausländischen Familien bemalen unter Anleitung Wände in Abrisshäusern (popular art)
- Ein Arbeitskreis von Sozialarbeitern, Architekten und Künstlern sucht Ansatzpunkte für künstlerische Arbeit von Jugendlichen
- Es wurden Kinder und Jugendliche ohne Ausbildung und Beschäftigung von Streetworkern an öffentlichen Plätzen zur Teilnahme an einem Musical gewonnen, dass sie – mit professioneller Betreuung – selbst produzieren und auf Tourneen aufführen. Alle Teilnehmer fanden später dauerhafte Beschäftigungs- und Ausbildungsverhältnisse, da sie sich im Musical-Projekt sozialisieren konnten und Anerkennung fanden.
- Über einen Städtebau- und Bauwettbewerb wurden die besten Lösungen für besondere Schuleinrichtungen im Quartier gefunden.